Objekttyp: **Advertising**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **120 (1994)**

Heft 22

PDF erstellt am: **06.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

ANZEIGE

«Gnueg Heu dune» für die UNO auch ohne Blauhelme

Den notleidenden Rentnern und Armen in der Schweiz helfen, statt jährlich hunderte von Millionen für UNO-Organisationen und Blauhelme vergeuden.

Der Bundesrat – er hat es kürzlich ausdrücklich erklärt – will in die UNO. Dass das Schweizer Volk erst vor wenigen Jahren mit 76% Nein-Stimmen den UNO-Beitritt massiv verworfen hat, kümmert ihn nicht.

Bereits hat der Bundesrat die Schweiz – ohne je das Volk danach zu fragen – zum weltweit fünftgrössten Beitragszahler der UNO gemacht. Kein einziges Land der Welt leistet heute pro Kopf der Bevölkerung auch nur annähernd so hohe Beiträge an die UNO wie das UNO-Nicht-Mitglied Schweiz!

Einfach so, weil der Bundesrat so entschieden hat. Und jetzt mutet er uns weitere Tributzahlungen zu. Auch Blauhelm-Einsätze sollen künftig – auf Kosten der Schweiz – mit Schweizer-Soldaten geleistet werden.

Der Bundesrat verkündet, der Blauhelm-Einsatz koste nicht mehr als 100 Millionen Franken pro Jahr. Zum Vergleich: Deutschland hat für seinen Blauhelm-Einsatz in Somalia, der nicht einmal ein Jahr gedauert hat, nach Berechnungen der deutschen Hilfswerke bis heute ohne die Kosten für den Rücktransport 340 Millionen D-Mark benötigt.

Überhaupt ist die Blauhelm-Vorlage des Bundesrates fragwürdig. So behauptet der Bundesrat zum Beispiel, «Freiwillige» würden als Blauhelm-Soldaten eingesetzt. Dass er diesen «Freiwilligen» ein Jahres-Salär inklusive Sold von rund Fr. 85'000.– ausrichten will, davon schweigt er allerdings lieber. Wer für Fr. 85'000.– militärische Aufgaben übernimmt, ist doch kein «Freiwilliger»! Er ist ein vom Bund bezahlter Söldner, der in fremde Dienste eintritt.

Blauhelm-Einsätze seien, sagt der Bundesrat, ein Beitrag zum Frieden. Das ist pure Schönfärberei. In Zypern stehen Blauhelme jetzt seit sage und schreibe 29 Jahren, und die Konfliktparteien rühren keinen Finger, ihre Differenzen in Verhandlungen endlich beizulegen. Weshalb sollten sie auch! Solange die UNO für alle Konfliktkosten aufkommt, lässt sich mit dem Konflikt doch herrlich leben! Andere bezahlen ja, vor allem auch die Schweiz. Zumindest wenn es nach dem Willen des Bundesrates geht.

Vor den Augen der Welt operieren Blauhelm-Soldaten vorwiegend hilflos im Süd-Libanon, in Somalia und im ehemaligen Jugoslawien. So etwa hat das gesamte deutsche Blauhelm-Kontingent in Somalia die Verlegung in die Wüste für nichts und wieder nichts über sich ergehen lassen müssen: Angefordert, um für indische Truppen Wasser zu holen, welche nie kamen, schmorten die Deutschen am Horn von Afrika in der Sonne, wo sie von Italienern, und diese von Amerikanern, beschützt werden mussten. Den kriegerischen Clan-Chef Aidid haben sie nicht erwischt, und jetzt zotteln sie blamabel unverrichteter Dinge wieder ab.

Noch deutlicher zeigen die Vorgänge in Jugoslawien, dass diese UNO-Missionen gründlich versagt haben. Der Blauhelm-Einsatz hat dort das Sterben nicht verhindert, eher recht eigentlich ermöglicht: Die westlichen Staaten, welche die militärischen Mittel gehabt hätten und noch haben, das Töten in Jugoslawien sofort und nachhaltig zu beenden, indem sie etwa das Parlament und die Regierung der Serben in Belgrad, der Kroaten in Zagreb und der bosnischen Serben in Pale sofort hätten ausschalten können, taten unter Hinweis auf ihre Blauhelm-Kontingente jahrelang nichts Wirksames gegen den Balkan-Wahnsinn.

Nur wegen den Zögerern und Zitterern im internationalen Zirkus war es den Nazi-Nachfolgern im ehemaligen Jugoslawien möglich, zehntausende von Frauen zu vergewaltigen und 200'000 Menschen brutal umzubringen. Und das alles unter den beobachtenden Augen der UNO-Blauhelme. Erst die glaubhafte Drohung der NATO-Staaten mit einem verheerenden militärischen Einsatz bewirkte die Entsetzung Sarajevos.

Unsere Landesväter und neuerdings auch die unter eigenartigen Umständen gewählte Bundesrätin Dreifuss sind Befürworter von Schweizer Blauhelmen. In bekannter Gefühlsduselei werden sie unaufhörlich mitsamt ihren Liebesdienern von den Massenmedien auf das Schweizer Volk einschwatzen und dreist behaupten, vornehmste Aufgabe unseres Landes sei es, mit andern Völkern solidarisch zu sein – unsere weltweit grössten Pro-Kopf-Zahlungen an die UNO zählen offenbar überhaupt nichts!

Die Bundesrätin Dreifuss sollte sich im übrigen mehr ihrer politischen Herkunft erinnern und, statt sich für die Blauhelme einzusetzen, als für die Fürsorgeeinrichtungen verantwortliche Departementsvorsteherin alle Anstrengungen unternehmen, dass notleidenden Rentnern und Armen im Lande in der Zukunft mehr geholfen wird als bis jetzt.

Der Pan-Europäer Richard Graf Coudenhove-Kalergi hat einmal von den Schweizern gesagt, sie seien ein Volk von Vernünftigen. Lassen wir es dabei bleiben.

Lehnen Sie deshalb das Blauhelm-Gesetz ab und stimmen Sie am 12. Juni 1994: Nein!

Karl Schweri
DENNER AG